

frustrierend ist jedes Gespräch mit Amtsträgern, wenn die Beteiligten sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß sich hinter einer zur Schau getragenen Freundlichkeit letztlich Gleichgültigkeit gegenüber den Argumenten verbirgt. In solch scheinbar freundlicher Atmosphäre erscheint Kritik als unangemessene Aggression. Kritisierende geraten in das Licht unchristlichen Handelns“.

Im Abschnitt zur Lage der *Frauen in der Kirche* wird gleichfalls ein wenig diplomatischer Ton angeschlagen. In einer langen, von einer Mitautorin des Papiers verfaßten und wörtlich in den Text aufgenommenen Stellungnahme wird das Phänomen als „strukturelle Sünde der Unterdrückung von Frauen in der Kirche“ beschrieben: „Frauen warten nicht länger, weder in Gesellschaft noch in Kirche. Sie holen Indiskretion und Verletzung, Mißachtung und Enttäuschung, Zurücksetzung und Unfreiheit, die ihnen als Frauen zugemutet worden sind, aus dunklen und gut gehüteten Verstecken... Sie lernen ihre eigene religiöse Biographie kennen und gewinnen Einsicht in die Lebenswege anderer Frauen... Frauen gewinnen – auch in der Kirche – an Selbst- und Verantwortungsbewußtsein, an Autonomie und Solidarität. Sie weigern sich, um einer ungestörten Tradition willen einer geteilten Wirklichkeit für Männer und Frauen zuzustimmen... Frauen beginnen zu erzählen und rufen nach Gerechtigkeit, nach Aussprache über die Schuld des Sexismus, die ihre Brüder und Väter auf sich geladen haben... Frauen rufen nach Gerechtigkeit und Symmetrie in Beziehungen von Männern und Frauen in der Kirche, nach Beseitigung diskriminierender Bibelauslegung, nach Abschaffung ungerechter Rechtssätze und patriarchaler Strukturen“.

Kritisiert wird, daß Frauen in der Kirche in der Regel auch jene *Führungspositionen* nicht offenstünden, die nicht zwingend mit dem Weiheamt verbunden seien. In Entscheidungsgremien wie der Bischofskonferenz seien Frauen *weder mit Gast- noch mit Rederecht* beteiligt. Der *Diakonat der Frau* gehöre weiter auf die Tagesord-

nung und die grundsätzliche Frage nach der *Ordination von Frauen* dürfe nicht länger tabuisiert werden.

### Läßt sich mit schlechten Strukturen wirklich gut leben?

Beim Thema *Zentralismus* geht es nicht um das Verhältnis von Rom zu den Ortskirchen (man verzichtete bewußt darauf, dies konkret zu thematisieren), sondern um die Beziehung von *Pfarrgemeinden und Bistumsleitung*. Hier setzt man sich insgesamt für eine „dialogische und kooperative Pastoral“ ein. Initiativen von unten würden auf diözesaner Ebene nicht selten als zusätzliche Arbeit und damit als „Störung“ wahrgenommen. Legitime Formen des Widerspruchs oder auch der Überprüfung obrigkeitlicher Entscheidungen gebe es nicht. So flüchteten sich viele in die „zynische Haltung, daß sich auch in schlechten Strukturen gut leben lasse“. Im Ergebnis führe dies nicht selten zu einer „theologisch fragwürdigen Abkoppelung vom Bischof“. Als Störfaktoren im Verhältnis Bistum – Pfarrgemeinde wird die Größe mancher Diözesen, der Priestermangel sowie die „strukturelle Abhängigkeit der Gemeinden von der Diözese“ genannt.

Angesichts der Deutlichkeit, mit der in diesem Papier bekannte Schwachstellen kirchlichen Lebens aufgespießt werden, fragt man sich unwillkürlich, *wie das Zentralkomitee weiter damit verfahren wird*. Ein Umarbeiten des Papiers als Konsequenz der kommenden Beratungen ist nicht vorgesehen.

### Italien: Wege aus der Krise, Mahnungen der Bischöfe

Es ist wohl kaum übertrieben, wenn festgestellt wird, Italien durchlebe zur Zeit eine der schwierigsten Perioden seit der Nachkriegszeit. Italien ist seit je das Land mit den schleichenden Krisen, den aufgeschobenen Lösungen, den fehlenden Alternativen. Aber sei-

Das Dialog-Papier bleibt in dieser Fassung unverändert, unabhängig vom Ausgang der Aussprache. Eine insgesamt und mehrheitlich positive Würdigung durch die Vollversammlung des ZdK würde unweigerlich die Frage nach sich ziehen, wie es in der Sache weitergehen soll. Einfach zur Tagesordnung übergehen wird man jedenfalls nicht können. Die Tatsache, daß zu den Mitgliedern der verantwortlichen Kommission 8 auch Bischof *Walter Kasper* von Rottenburg-Stuttgart gehört, ist tatsächlich nicht ohne Reiz. Bischof Kasper beteiligte sich zwar nicht aktiv an der Erstellung und Beratung des Papiers innerhalb der Kommission. Bis heute sind jedoch auch keine Einwände von seiner Seite gegen den Inhalt bekannt geworden.

Mitglieder der verantwortlichen Kommission betonen immer wieder, daß es ihnen letztlich *nicht auf das Papier als solches* ankomme, sondern auf den Versuch, mit seiner Hilfe über die angeschnittenen Themen ins Gespräch zu kommen. In der weiteren Behandlung kommt es nicht in erster Linie auf eine Exegese einzelner Formulierungen und inhaltlicher Details dieses Papiers an, dazu wäre es vermutlich das *ungeeignete Objekt*. Im Kern müßte es darum gehen, sich der Diagnose von der problematischen „Ungleichzeitigkeit“ der Kirche gegenüber dem modernen Menschen und der modernen Kultur eingehender zu stellen und ggf. Konsequenzen daraus zu ziehen. Letzteres ginge allerdings über Kompetenz und Möglichkeiten des Zentralkomitees weit hinaus.

K. N.

ne Bevölkerung hat mit Krisenzuständen immer zu leben verstanden und sich wiederholende konjunkturelle Aufschwünge und kleine Wirtschaftswunder haben über die politischen und finanzwirtschaftlichen Untiefen immer wieder hinweggeholfen. Das

Land ist nie wirklich an den Rand einer Existenzkrise geraten; selbst die „bleierne Zeit“ des linken (und rechten) Terrorismus wurde ohne Schädigung des demokratischen Systems überstanden. Und das immer mörderischere Treiben der *Mafia* nährte zwar die schlimmsten und in der Substanz nicht unwahren Verschwörungstheorien, aber das Land geriet deswegen noch nicht aus den Fugen.

## Versunken im Sumpf angewöhnter Korruption

In den letzten Monaten allerdings kam es nun knüppeldick, *Skandale* geradezu en masse. Die eine Schmiergeldaffäre nach der anderen, in die ganze Kohorten von Managern, Politikern und Funktionären verwickelt waren. Bestechungsepidemien, die das ganze Land von Nord nach Süd und von Süd nach Nord überzogen, Verhaftung halber Regierungsmannschaften in Kommunen und Regionen. Vereint im selben Sumpf angewöhnter Korruption schien niemand mehr dem jeweils anderen etwas vorwerfen zu können. *Mailand*, das sich immer zugute hielt, nicht nur Wirtschaftskapitale, sondern moralische Hauptstadt Italiens zu sein, tief versunken im Bestechungsmorast.

Die *politischen Parteien* von der Macht korrumpiert und von Dauerseichtum befallen. Die *Democrazia Cristiana* bei den Parlamentswahlen am 5. April unter die 30 Prozent gefallen und seitdem einem akuten Prozeß der Auszehrung unterworfen. Bedrängt in den norditalienischen Kerngebieten von den „Leghe“, der rechtskonservativen Regionalistenbewegung, die in die christdemokratische Kernwählerschaft einbrechen. (Bei den jüngsten Provinz- und Gemeindewahlen in Mantua im September wurden die Christdemokraten und die Sozialisten von den Leghe, die zusammen mit einer Splittergruppe der Schwester des Leghe-Anführers, Senator *Umberto Bossi*, über 40 % der Stimmen erreichten, fast halbiert.)

Sozialistenführer *Craxi*, einstiger Ministerpräsident, der lange davon träumte, die Kommunisten zu über-

holen, um dann an der Spitze der Linken die DC als Mehrheitspartei in der Regierung ablösen zu können, in Mailand selbst in Bestechungsgeschichten verwickelt, inzwischen in der eigenen Partei höchst umstritten und politisch gelähmt. Und schlußendlich der *tiefe Sturz der Lira*, der vielen Italienern erst bewußt machte, zu was eine über Jahrzehnte unsolide Haushaltspolitik führt.

Es hat sich aber in Italien auch noch nie so viel verändert wie in den Wochen der sich zuspitzenden Krise. Seit langem zum erstenmal zeigt sich in der italienischen Politik wieder so etwas wie Handlungsfähigkeit. Das meiste geschah zwar unter äußersten, anders nicht mehr auszuweichendem Druck, und mancher glückliche oder auch höchst tragische Zufall erleichterte die notwendigen Zäsuren, aber sie wurden immerhin gewagt.

Es begann mit der Wahl des 74jährigen Christdemokraten *Oscar Luigi Scalfaro* zum Staatspräsidenten als Nachfolger des in den letzten Jahren wegen seiner massiven, aber vielfach unkoordinierten Kritik an Parteien, Regierung, Parlament und Richterschaft populären, aber umstrittenen *Francesco Cossiga*, die aber erst nach tagelangen vergeblichen Versuchen angesichts der Ermordung des Richters und Anti-Mafia-Chefs *Giovanni Falcone* und seiner Begleitung zustande gekommen war. Es setzte sich fort mit der Bildung der neuen Regierung unter dem Sozialisten *Giuliano Amato*, auf die der Staatspräsident lautlos, aber wirksamen Einfluß nahm und aus der die führenden Leute der bisherigen „Nomenklatura“ aus DC und Sozialisten fast zur Gänze ferngehalten wurden.

Den vorläufigen Höhepunkt bildete die Verabschiedung eines *Sparprogramms* von rund 100 Milliarden DM, ein wichtiger und gewaltiger erster Schritt zur Haushaltssanierung und zur Begrenzung der öffentlichen Verschuldung. Er führte haarscharf an einer Regierungskrise vorbei und „zwang“ die Gewerkschaften trotz erkennbarer Kooperationsbereitschaft ihrer Führungen wegen schmerzlicher, wenn auch insgesamt ausgegli-

chen verteilter Einschnitte in soziale Besitzstände (und Steuerprivilegien) zu politischen Streiks. Aber die neue Regierung konnte sich trotz knapper parlamentarischer Mehrheit bislang jedenfalls in wesentlichen Punkten behaupten. Dabei wurde der politische Wille nicht wenig beflügelt durch die internationale Nach-Maastricht-Diskussion, die Krise im europäischen Währungssystem und die für Italien mißliche Aussicht, aus der Europäischen Währungsunion, wenn sie denn zustande kommt, ausgeschlossen zu werden, weil es beim bisherigen Weiterwursteln die strengen Beitrittskriterien niemals würde erfüllen können und damit europäisch in die „Serie B“ abrutschen würde.

## Das Land driftet auseinander

Die DC hat auf Parteiebene ihrerseits nachgezogen und getan, was zu tun sie gegenwärtig noch in der Lage ist. Sie fand in dem Brescianer *Mino Martinazzoli*, früher einmal Justizminister, einen neuen Parteichef. Er wurde Nachfolger von *Arnaldo Forlani*, mit dem der letzte der alten Parteiotabeln seine Führungsstellung aufgegeben hat. Die Wahl des neuen Parteichefs erfolgte im Nationalrat der DC per Akklamation kurze Zeit nach einer Großkundgebung der Anhänger *Mario Segnis*, der sog. Referendumsbewegung, die sich in Anlehnung an die Popolari-Partei *Don Sturzos*, der Vorgängerpartei der DC in vorfaschistischer Zeit, jetzt „Popolari per la riforma – Volksbewegung für die Reform“ nennen und die Anstalten machten, sich gegenüber der DC zu verselbständigen. Die Neubesetzung der Führungsspitze ändert aber nichts daran, daß die Partei bis aufs Herz ausgelaugt ist, in breiten Bevölkerungsschichten allen Kredit verloren hat, ohne wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept dasteht und von einer fast 50jährigen Regierungszeit erschöpft ist.

Aber nicht nur die DC erscheint als auslaufendes Modell; das ganze Parteiensystem ist zerfranst, splittert sich immer mehr auf. Die alten Parteien, ob groß oder klein, verlieren, die neuen

Formationen wie „La Rete“ des ehemaligen DC-Bürgermeisters von Palermo, *Leoluca Orlando*, oder die Grünen kommen über wenige Prozentpunkte nicht hinaus.

Das Land selbst *driftet auseinander*. Süd und Nord sind sich fremder denn je. Die „Leghe“ mit ihrem aggressiven Regionalismus vertiefen die Kluft. Eine lange Ära geht zu Ende. Wie aber das ganze System reformieren? Sammelbewegungen in Verbindung mit einem *Mehrheitswahlrecht*, wie es die Popolari-Reformer anstreben, die Abschaffung des Zweikammersystems, die Festigung der Regionen und die Stärkung des Kabinetts (Richtlinienkompetenz des Regierungschefs) könnten den Weg in die zweite Republik weisen.

Aber die Notwendigkeit institutioneller politischer Reformen ist nur ein Aspekt. Marode sind nicht bloß die durch Gewöhnung an Macht und Machtteilung verfetteten Parteien, im Morast steckt trotz vieler gesunder Wurzeln die tonangebende Gesellschaft. Die korruptionsanfällige politische Klasse ist ihr Spiegel.

## Die Kirche zwischen Mahnungen und Verlegenheiten

Was ist von der *Kirche* in dieser Situation zu hören? Die Bischöfe haben sich verbal deutlich vernehmen lassen. In einem langen, nach der Herbstsitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz (21.–24. 9. 92) veröffentlichten Kommuniqué beklagen sie neben der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise „die dramatische Zunahme von Ungesetzlichkeit und Korruption“ und deren Folge, den Verlust an Vertrauen in die politischen Kräfte und – wieder einmal – die trotz jüngster Erfolge der Ordnungskräfte fortbestehende Bedrohung durch das organisierte Verbrechen.

Sie warnen, den Zustand allgemeiner Verunsicherung für „parteiliche“ Zwecke zu instrumentalisieren, und fordern die Gläubigen zu „wacher Unterscheidung“ auf, „damit vor allem in Augenblicken schwierigster Ent-

scheidungen für das Land alle zersetzenden Ideologien und jede Versuchung, zu irgendwelchen Formen der Gewalt Zuflucht zu nehmen, entlarvt und Sinn für Maß und Verantwortung zurückgenommen werden . . .“ Ein offensichtlich gegen die „Leghe“ gerichteter Passus, was sich auch daraus ergibt, daß im gleichen Atemzug „einige Bischöfe“ gegen öffentliche Angriffe in Schutz genommen werden. (In Mailand wurde von einem „Katholikenkomitee“ der Leghe Kardinal *Martini* unterstellt, er sei mit korrupten DC-Politikern liiert. Das Echo zeigte aber, daß die Leghe damit mehr sich selber als dem Kardinal schadeten.)

Im gleichen Kommuniqué bestehen die Bischöfe mit besonderem Nachdruck (wie fast zur gleichen Zeit Staatspräsident Scalfaro) auf der „Einheit des Landes“. Sie gelte es, gegenüber wieder aufgewärmten alten Klagen zu verteidigen. Die Einheit des Landes reiche schließlich viel tiefer und sei sehr viel älter als die staatliche Einheit Italiens. Sie mache es notwendig, die Fragen des Südens immer als ein Problem der ganzen Nation anzusehen. Auch dieser Passus hatte damit klar die Leghe zum Adressaten.

Ansonsten wirkte die Stellungnahme in ihren politischen wie in ihren seelsorglichen Passagen eher *zurückhaltend* und wie ein Spiegel aktueller kirchlicher Verlegenheiten. Noch in der Zeit vor den letzten Parlamentswahlen forderte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Kardinalvikar für die Diözese Rom, *Camillo Ruini*, dem ein enges Verhältnis zu der bisherigen DC-Führung nachgesagt wird, nachdrücklich die politische Einheit der Katholiken, damit praktisch den Schulter schluß mit der DC. Die jetzige Erklärung des ständigen Rates beschränkte sich auf das *Monitum* speziell an die Christen in Politik und Wirtschaft, aus ihrem Glauben auch die richtigen Folgerungen für ihre Tätigkeit im Gemeinwesen zu ziehen. Von Schulter schluß war nicht mehr die Rede. Er verbot sich von selbst.

Eindringlicher äußerte sich bereits Wochen vorher in einem umfassenden und zugleich sehr persönlich gehaltenen Hirtenbrief an seine Mailänder

Diözesanen Kardinal *Martini*. Nur ein kleiner mittlerer Teil des Hirten schreibens bezieht sich auf die aktuelle politische und gesellschaftliche und – direkt – auf die Atmosphäre nach der Aufdeckung der großen Bestechungsskandale in Mailand. Der Hirtenbrief insgesamt ist eine selten gelungene Verbindung von geistlichem Mahnwort und lebenskluger Pädagogik, die den Finger auf die Wunden der Zeit legt, ohne zu verletzen oder zu beschönigen. *Martini* selbst nannte den Hirtenbrief, als er ihn den Journalisten vorstellte, „einen Schlag auf den Magen“. In Wirklichkeit ist es ein ungemein höflicher Text von großem eschatologischen Ernst und streckenweise liebenswürdiger Ironie.

## Kardinal Martini redet der Gesellschaft ins Gewissen

*Martini* stellt seine Überlegungen unter das Stichwort des „Wachens“ und der „Wachsamkeit“ (Mk 13, 33–37; 1 Petr 5, 8–9). Es ist die scharfe Mahnung des „ihr kennt weder den Tag noch die Stunde“. *Martini* münzt unter diesem Stichwort die eschatologische Botschaft des Neuen Testaments um in eine Regieanweisung für *persönliche und öffentliche Verantwortung*. In einer Lebenswelt, die allen Lebenssinn im Nutzen für sich selbst sieht und sogar Gott zum Instrument solcher Nützlichkeit macht, schafft das Wachen und Warten auf den, der da kommen soll, Distanz zu sich selbst, Zeit für die tieferen Dinge des Lebens und Aufmerksamkeit für das, was Menschen zu verantworten haben.

*Martini* wendet sich an die Politiker und an die, die sonst öffentliche Verantwortung tragen, schon aber „den Bürger“ nicht, sondern konfrontiert ihn sehr konkret mit der jeweils persönlichen Verantwortung für die öffentlichen Dinge. Er redet der Gesellschaft ins Gewissen und ruft sie zur Besinnung: die „Ehrenhaften“ vor allem, die sich redlich in den Parteien abmühen, aber sich weltfremd verhalten: die „Ehrenhaften“, die nichts Unerlaubtes tun, aber sich nicht Rechen-

schaft darüber geben, was in den Parteien und in ihren jeweiligen eigenen Zirkeln vor sich geht; die „Ehrenhaften“, die ihr Gesicht abwenden, wenn etwas passiert, als ob sie die politische Praxis nichts angehe; und besonders diejenigen „Ehrenhaften“, die die Möglichkeit haben, im öffentlichen Leben mitzumischen, aber jede Verantwortung ablehnen, weil sie sich die Hände nicht schmutzig machen wollen.

Der Kardinal wendet sich an die Verbände, an die öffentliche Verwaltung („Es ist nicht moralisch, ganze Bereiche der Unwirksamkeit zu überlassen“), an die Medien, die die kleine „Laterne kritischen Bewußtseins“

nicht erst hochhalten sollen, wenn die Skandale aufgedeckt werden, und „in erster Person“ auch an die Kirche. Das Wachen sei nicht alleine Sache der Hierarchie, es müsse „tägliche Praxis in den Pfarreien, Gruppen und Bewegungen werden“ und es müsse zur Geltung kommen gegenüber den Benachteiligten und den von der Gesellschaft an den Rand gedrängten in praktischer Solidarität durch Wiederherstellung von „Beziehung“ im Sinne menschlicher Zuwendung. Des Kardinals Programm: eine Kultur des Wachens anstelle einer Kultur des bloßen Protests. Nur sie ermögliche die nötige Besinnung und öffne den

Weg auch zu den notwendigen institutionellen Reformen.

Die Bedeutung des Hirtenbriefes liegt nicht allein im Geschriebenen, sondern noch mehr in der Person des Schreibers. Der Erzbischof von Mailand ist zur Zeit eine der ganz wenigen Autoritäten, die in Italien weit über ihren engeren Wirkungskreis hinaus gehört werden. Es war kein Zufall, daß einer der höchstrangigen italienischen Manager, *Cesare Romiti* von Fiat, ein erstes „Schuldbekentnis“ für seine Kollegen in einer Begegnung von Wirtschaftsführern mit dem Kardinal ablegte. Eine symbolische Geste, aber doch auch ein Lichtblick. A. D.

## Abschied vom Sonderfall?

### Die Schweiz vor europapolitischen Entscheidungen

*Am 6. Dezember werden die Schweizer über die Mitgliedschaft ihres Landes im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abstimmen. Wenn die Entscheidung positiv ausfällt, rückt die Schweiz ein beträchtliches Stück näher an Europa heran. Der Weg nach Europa ist für die Schweizer mit Fragen gepflastert, die an das nationale Selbstverständnis und die in Jahrhunderten gewachsene Identität rühren: Muß die Schweiz ihre Sonderrolle zugunsten der europäischen Integration aufgeben? Was kann sie in das europäische Konzert einbringen? Unser Schweizer Mitarbeiter Rolf Weibel skizziert den gegenwärtigen Diskussionsstand.*

Im Jubiläumsjahr der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1991 stellte sich die Frage, welche Rolle die Schweiz künftig im vereinten Europa spielen kann und will, aus gegebenem Anlaß eher grundsätzlich (HK, August 1991, 360–364). Ein Jahr später ist diese Frage bereits ganz praktisch geworden, weil die Schweizer Stimmberechtigten in Volksabstimmungen zu einer europapolitisch bedeutsamen und zu einer unmittelbar europapolitischen Frage Stellung nehmen müssen. Am 27. September sprachen sich die Stimmenden mit 63 Prozent Ja- gegen 37 Prozent Nein-Stimmen für die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) aus; damit können zusätzliche Kapazitäten für den Transitverkehr bereitgestellt werden, was die schweizerische Gegenleistung für die Garantien der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Transitvertrag ist, welcher seinerseits eine Voraussetzung für die Teilnahme der Schweiz am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist. Und über die *Beteiligung der Schweiz am EWR* werden die Stimmberechtigten bereits am 6. Dezember zu entscheiden haben.

Obwohl der EWR-Vertrag im wesentlichen ein wirtschaftliches Vertragswerk zwischen der EG und den Mitgliedern der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) ist – mit ihm wird hauptsächlich der Anschluß an den *Binnenmarkt* geregelt –, geht die europapolitische Auseinandersetzung immer noch über wirtschaftspolitische Fragen weit hinaus. Selbst auf die Abstimmung über den EWR-Vertrag hin haben sich Befürworter und Befürworterinnen der politischen Linken zu einem Ausschuß nicht nur „kritisch für den EWR“, sondern zunächst „für eine soziale Schweiz in einem sozialen Europa“ zusammengeschlossen.

### Vor einer bewußt neuen Orientierung?

Auf der Pressekonferenz dieses Ausschusses hat der Schriftsteller *Peter Bichsel* (NZZ, 7.10.92) gar erklärt, es sei ihm sehr recht, daß der EWR-Vertrag nur Wirtschaftliches behandle, so bleibe Zeit, um nach der schweizerischen Kultur und ihrer Gefährdung in Europa zu fragen. Wenn die Schweiz nämlich innerhalb Europas etwas sein wolle, habe sie eine Identität zu finden, „eine Kultur der Gegenden“; und weil er überzeugt ist, daß sie eine hat, konnte er gleich erklären: „Ich freue mich auf das Dazugehören.“ Einen analogen Gedanken äußerte die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz in ihrem Wort zum Eidgenössischen Betttag des Jubiläumsjahres 1991, in dem sie unter anderem der Hoffnung Ausdruck gab „auf die Teilnahme am Bau eines neuen friedlichen und geschwisterlichen Europa, auf größere internationale Solidarität aufgrund des Dialoges der Kulturen und auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik“.